



### **Antwort auf die mündliche Anfrage: Lehrerproteste gegen rot-grüne Sparpläne**

Die Abgeordneten Björn Försterling und Almuth von Below-Neufeldt (FDP) hatten gefragt:

Am 29. August 2013 protestierten in Hannover zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer gegen die Sparpläne in der rot-grünen Bildungspolitik. Der Grund dafür waren die Ankündigungen durch die Landesregierung, dass Gymnasiallehrer künftig eine Stunde mehr pro Woche arbeiten sollten und dass die Lehrerinnen und Lehrer ab 55 Jahren keine Altersermäßigung mehr erhalten. Zusammengetan hatten sich mit den Lehrerinnen und Lehrern die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Philologenverband sowie weitere Bildungsverbände.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass sich neben den Bildungsverbänden auch die GEW den Demonstrationen angeschlossen hat, ihre Sparpläne in der Bildungspolitik?
2. Wie viele Demonstranten waren laut Polizeiangaben an der Demonstration am 29. August 2013 beteiligt?
3. Warum sind die Lehrerinnen und Lehrer, die nach neusten Bildungsstudien die wichtigste Komponente im Bildungssystem bilden, die Betroffenen der Sparpläne und müssen für die Reformen aufkommen?

Susanne Schrammar Pressestelle Schiffgraben 12, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-71 45 Fax: (0511) 120-74 51	www.mk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mk.niedersachsen.de
--	---	---

Antwort der Niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt:

Durch Bereitstellung von rund 420 Mio. Euro für bessere Bildung für den Kultusbereich stellt das Thema „Bildung“ einen Schwerpunkt der Ziele der Landesregierung dar. Damit werden die Voraussetzungen für eine Zukunftsoffensive geschaffen: mehr verlässliche Betreuung und frühkindliche Bildung, besser ausgestattete Ganztagschulen und insgesamt weitere Qualitätsverbesserungen in Schule und Ausbildung.

Um diese Prioritätensetzung im Bildungsbereich zu finanzieren, wird der Kultusetat nicht – wie mit dem Begriff „sparen“ in der Anfrage suggeriert wird – gekürzt, sondern sogar noch aufgestockt.

Neben der erwähnten Aufstockung des Kultusetats im Mipla-Zeitraum sind Umschichtungen unerlässlich. Die Landesregierung hat diesbezüglich auch moderate Veränderungen der arbeitszeitmäßigen Festlegungen für Lehrkräfte beschlossen. Dies betrifft zum einen die Anhebung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Gymnasien um eine Unterrichtsstunde pro Woche. Zum anderen soll die derzeit maßgebliche Altersermäßigungsregelung auch nach dem 1. August 2014 fortgelten.

Diese Maßnahmen, die im Rahmen der Finanzierung der „Zukunftsoffensive Bildung“ vorgesehen sind, mögen für viele Lehrerinnen und Lehrer schmerzhaft sein und werden von ihnen wie den Gewerkschaften und Berufsverbänden verständlicherweise kritisch bewertet. Die Landesregierung hat sich die Entscheidung aber nicht leicht gemacht. Sie ist bei einer schulformübergreifenden Betrachtung der Rahmenbedingungen vertretbar und verkraftbar. Hinzu kommt, dass die Zustände an den Ganztagschulen dringend verbessert werden müssen.

Die moderate Verschiebung von dem außerunterrichtlichen Arbeitszeitanteil in die unterrichtliche Arbeitszeit im gymnasialen Bereich ist aus Sicht der Landesregierung sachlich gerechtfertigt. Eine verringerte Inanspruchnahme im außerunterrichtlichen Bereich ergibt sich z. B. aus der Einführung des Zentralabiturs, so dass eine im moderaten Umfang andere Gewichtung der außerunterrichtlichen und unterrichtlichen Arbeitsanteile sachlich angemessen ist. Im Hinblick auf die Entlastung im Gymnasialbereich ist außerdem zu beachten, dass mit dem Schuljahr 2011/2012 die Schülerhöchstzahl an den Gymnasien beginnend mit dem 5. Schuljahrgang aufsteigend von 32 auf 30 Schülerinnen und Schüler gesenkt worden ist. Mit Be-

Susanne Schrammar Pressestelle Schiffgraben 12, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-71 45 Fax: (0511) 120-74 51	www.mk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mk.niedersachsen.de
--	---	---

ginn des Schuljahres 2015/2016 wird die Schülerhöchstzahl für die Schuljahrgänge 5 bis 9 an der Schulform Gymnasium 30 Schülerinnen und Schüler betragen. Eine weitere Entlastung für die Gymnasien gab es mit der Senkung der Schülerhöchstzahl im 10. Schuljahrgang von 32 auf 26 – Einführungsphase – und der Verschiebung der Klassenneubildung von nach Schuljahrgang 8 auf nach Schuljahrgang 9.

Auch ein Vergleich mit der Unterrichtsverpflichtung in den anderen Bundesländern zeigt, dass sich die Erhöhung der Regelstundenzahl um eine Stunde im Rahmen hält.

Hinsichtlich der Altersermäßigung hat sich die Landesregierung entschieden, die derzeit maßgebliche Altersermäßigungsregelung auch nach dem 1. August 2014 fortgelten zu lassen. Die Wiedereinführung der vor dem 1. August 2000 normierten Altersermäßigungsregelung zum kommenden Schuljahresbeginn ist unter Berücksichtigung der bildungspolitischen Schwerpunkte der Landesregierung zurzeit nicht realisierbar.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu 1 und 3:

Es wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

Zu 2:

An der Veranstaltung in Hannover waren rund 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt.

Susanne Schrammar Pressestelle Schiffgraben 12, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-71 45 Fax: (0511) 120-74 51	www.mk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mk.niedersachsen.de
--	---	---